SAZ DIE LINKE. STADTVERBAND SUHL
Suhler Andere Zeitung
Monatsumschau für Links- und Querdenker

24. Jahrgang / Nr. 06
Juni 2015
Preis: eine Spende

Nummer: 278

Suhl – Stadt des Friedens seit 1991

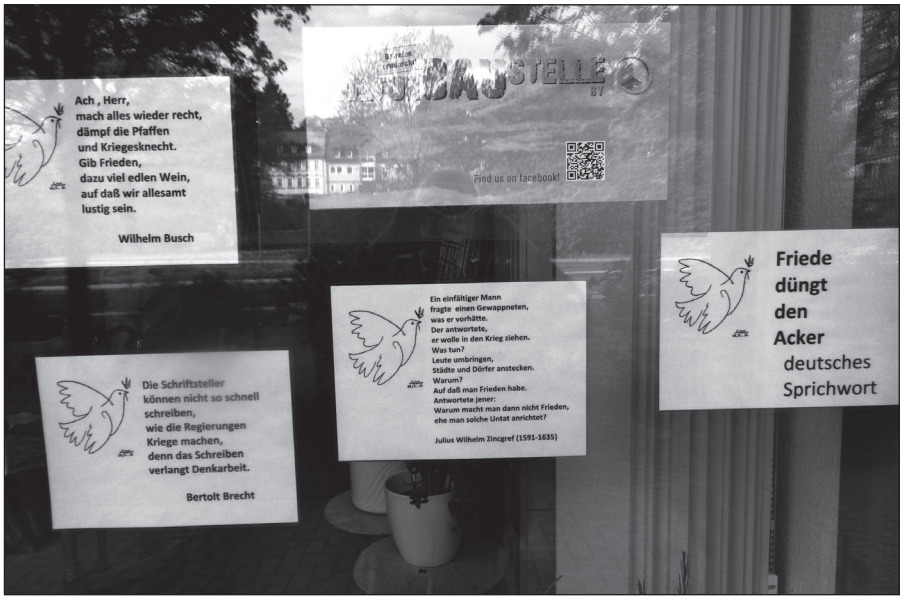
Tag der Befreiung in Suhl

Zu einer Gedenkveranstaltung am 8. Mai 2015, dem 70. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-faschismus, versammelten sich Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt am Sowjetischen Ehrenmal in der Aue. In Anwesenheit von Oberbürgermeister Dr. Jens Triebel (ganz links) hielt Hubert Heiderich, Vorsitzender der Deutsch-Russischen Gesellschaft (zweiter von links) in Suhl die Gedenkrede. Schüler einer Klasse mit Russisch-Unterricht trugen Konstantin Simonows bekanntes Gedicht „Shdi menja“ vor. Herzlich begrüßt wurde eine Delegation aus der russischen Partnerstadt Kaluga, deren Leiter, Herr Andrej Volochow (Bildmitte) ebenfalls eine Ansprache hielt. Zur Überraschung aller sang er zum Abschluss das bekannte russische Friedenslied „Immer lebe die Sonne“ in russischer Sprache und viele stimmten ein.

Am Nachmittag legten Stadträte und Vertreter der von Parteien und Organisationen Blumen an verschiedenen Grabstätten auf dem Suhler Hauptfriedhof nieder. Gedacht wurde der italienischen Zwangsarbeiter, stellvertretend für die ca. 8500 Zwangsarbeiter in Suhl, der dreißig zivilen Opfer des Bombenangriffs auf dem Fröhlichen Mann, der im faschistischen Krieg gefallenen deutschen Soldaten und der antifaschistischen Widerstandskämpfer unserer Region (auf unserem Foto im Vordergrund die Vorsitzende des TVVdN/BdA, Elke Pudszuhn und die beiden Stadträtinnen Ina Leukefeld (DIE LINKE) und Karin Müller (SPD) (Fotos: KhW)

Wir beglückwünschen alle Kinder unserer Stadt, von Goldlauter bis Dietzhausen und auf dem Friedberg zum Internationalen Tag des Kindes

Zum Markt- und Europafest der LINKEN in Hildburghausen kann nicht immer die Sonne scheinen. In diesem Jahr ging es leider nicht ganz ohne Regen ab. Rechtsextremisten versuchten mit reaktionären und rassistischen Sprüchen die Stimmung negativ zu beeinflussen. Eine Gruppe Jugendlicher aus Suhl und auch die Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld waren nach Hildburghausen gefahren, um mit einem Plakat gegen die rechtsradikalen und rassistischen Sprüche zu protestieren. Die Polizei war der Meinung, dass von der Gruppe eine Gefahr ausgehen könnte und stellte deshalb die Identität einiger Teilnehmer fest.



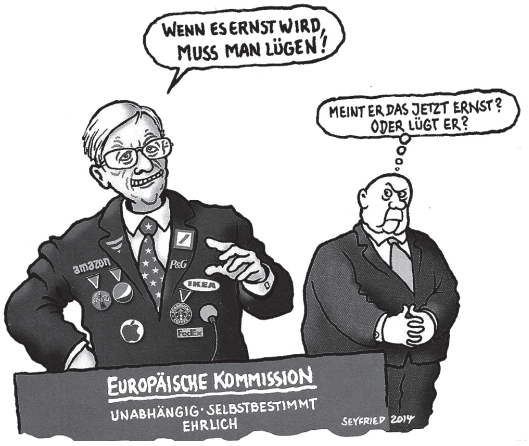
In der Kulturbaustelle wurden Passantinnen und Passanten zum Tag der Befreiung mit Friedensforderungen internationaler Persönlichkeiten aus Politik und Kultur auf die Gefahren in der heutigen Welt aufmerksam gemacht. Die neue Kultureinrichtung in Suhl hatte an diesem Tag zu einer Befreier-Party eigeladen. (Fotos KhW)

„Stasijäger“ gefragt

Ob Ihr Handy wohl auch von Obamas Geheimdiensten abgehört wird? Das werden Sie nicht so genau wissen, wenn es auch sein könnte. Wenn aber irgendwelche geheim installierten Sensoren „gefährliche Begriffe“ aus Ihren Gesprächen herausgefiltert haben, sind Sie inzwischen in Washington als Staatsfeind registriert. Natürlich ist das ein Riesenskandal sondergleichen. Auch Frau Merkels Handy war ja augenscheinlich diesen fiesen Geheimdienstspitzeln der USA zum Opfer gefallen. Sie sind also in bester Gesellschaft – auf diesem Gebiet jedenfalls. Da waren ja die MfS-Horcher und -Gucker wirklich nur bescheidene Anfänger. Die heutige Konkurrenz macht das gleich millionenfach. Da müsste unsere Spitzenkraft der Stasijäger, der jetzige Staatspräsident, seinem Kollegen Obama doch langsam mal seine weisen Ratschläge geben, wie der seine Berufsspitzel an die Kandare legen kann. Nur, dass die mit dem Heiligenschein versehene US-Geheimarmee offenbar vieltausendfach intensiver ist, als die Jungs der Firma Mielke es waren. Warum eigentlich in diesem Falle so zurückhaltend, Herr Gauck? Und sollte der deutsche Geheimdienst den Ganoven aus den USA mit Millionen Daten ausgeholfen haben, müsste man die deutschen Komplizen auch gleich mit am Schlips nehmen. Was einem recht ist, ist dem anderen billig...

– OLD LONG –

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1750 0715;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Dr. K. Walther, Würzburger Straße 48 • 98529 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer Juli-Ausgabe 2015 ist am 25.06.2015.



Die SAZ nach dem Lesen bitte weitergeben!

LIVE AUS DEM LANDTAG

Aus der Arbeit unserer Landtagsabgeordneten
Ina Leukefeld

Am 1. Mai startete eine neue Kampagne der Partei DIE LINKE.

Die zukünftige Gestaltung der Arbeit stand im Mittelpunkt der gemeinsamen Maiveranstaltung auf dem Unteren Markt in Suhl. In diesem Rahmen sprach die Landtagsabgeordnete der LINKEN, Ina Leukefeld, in ihrer Rede zum Aufruf zu einer neuen Kampagne, die überall in unserem Lande am 1. Mai dieses Jahres eröffnet wurde. Darin heißt es:

„10 Jahre nach der Agenda 2010 feiert die Bundesregierung die angeblichen "Erfolge". Aber wie sehen die aus? 25 Prozent der Beschäftigten arbeiten in prekären Jobs, oft zu Niedriglöhnen! Ein Drittel der Bevölkerung wird in prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse gedrängt. Die Zumutungen des unsicheren und unplanbaren Arbeitens und Lebens wollen wir nicht hinnehmen. Als linke Partei laden wir alle ein, gemeinsam Druck zu machen für das, was in einem reichen Land, in dem das obere 1 Prozent der Superreichen fast ein Drittel des gesamten Privatvermögens besitzt, selbstverständlich sein sollte.

Schwerpunkte der Kampagne:

1. Befristung und Leiharbeit stoppen!
- Verbot von Leiharbeit
- Starke Regulierung von Werkverträgen
- Kettenbefristungen und sachgrundlose Befristungen untersagen

2. **Mindestsicherung ohne Sanktionen**
- soziale Mindestsicherung für Erwerbslose und ihre Familien
- Sanktionen und Ein-Euro-Jobs sowie Bedarfsgemeinschaften abschaffen
- Zwangsumzüge stoppen

3. **Wohnung und Energie bezahlbar machen**
- Pro Jahr bundesweit 150 000 neue Mietwohnungen mit Sozialbindung schaffen
- Verdrängung durch steigende Mieten, Sanierungskosten und Energiepreise stoppen

4. **Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit einstellen**
- Kitas, Schulen, Krankenhäuser finanziell stärken
- Privatisierung von Krankenhäusern und öffentlicher Daseinsvorsorge stoppen
- Krankenhäuser bedarfsgerecht personell ausstatten

5. **Arbeit umverteilen**
- Einerseits Überstunden und Stress, andererseits Minijobs – das muss sich ändern
- Mehr Mitbestimmung im Betrieb und mehr Zeit für Familie!

Machen Sie mit! Werden Sie gemeinsam mit uns aktiv!

Blick auf den unteren Markt am 1. Mai 2015

Katja Kipping und Bernd Riexinger, Vorsitzende der Partei DIE LINKE:

„Die am 1. Mai beginnende Kampagne »Das muss drin sein« gegen prekäres Arbeiten und Leben ist ... ein selbstorganisierter Lernprozess, in dem Mitmachen nicht nur bedeutet, einen bereits fertigen Plan umzusetzen, sondern Räume für Austausch zu schaffen, Fähigkeiten zur Organisierung zu entdecken und sie zu verbreiten.

Die Partei der Zukunft sind wir alle. Wir sind nicht nur schon anders als die anderen Parteien, wir wollen uns in Zukunft noch deutlicher von den verschiedenen parteipolitischen Varianten der Postdemokratie unterscheiden.“

Ukrainekrise in der Diskussion

Das Thema des Suhler Gesprächskreises alternativ „Ukraine 1014 /2014 – Wege in die Krise und Wege aus der Krise“ war besonders brisant, weil das Thema von Dr. Holger Politt, dessen Lebensmittelpunkt z. Zt. die polnische Hauptstadt ist, anders behandelte, als es die meisten Gäste des Abends erwartet hatten. Im Mittelpunkt seines Vortrages zu Ukrainekrise standen historische Entwicklungen, ethnische Probleme, wechselnde Staatsbürgerschaften und Vergleiche mit Autonomiebestrebungen in anderen Staaten Europas, insbesondere nach dem Zerfall der UdSSR. Politische und ökonomische Interessen des Westens, Deutschlands, der USA und der NATO an der Einmischung in Angelegenheiten der Länder des Krisengebietes traten in den Hintergrund. Damit konnte er zwar viele neue Details vermitteln, aber andere wichtige Gesichtspunkte wie das Massaker in Odessa, der Einfluss faschistischer Kräfte auf die Entwicklung des Maidan, oder die möglichen Wege aus der Krise um die Ukraine gerieten aus dem Blickfeld des Referenten. Viele Diskussionsteilnehmer fühlten sich deshalb veranlasst ergänzende Beiträge zum Referat zu halten. Für zielführender halte ich es, Standpunkte mit klaren und überzeugenden Argumenten vorzutragen und Diskussionen erhalten erst dann einen Sinn, wenn auch verschiedene Meinungen Gehör finden.

Diese Diskussionsrunde des Gesprächsforums alternativ im April hat bestätigt, dass Gespräche zur politischen Bildung heute kontroverser und engagierter verlaufen als früher. Auffassungen von Referenten finden keineswegs immer die Zustimmung aller. Gesprächsteilnehmer tragen teilweise kontroverse Meinungen vor, ergänzen aus ihrer Sicht oder protestieren. Das ist aus Sicht der Veranstalter keineswegs ein Mangel, aber es stellt auch hohe Anforderungen an die Diskussion: ein gewisses Maß an Toleranz , Offenheit und auch eine präzise Argumentation. Natürlich sind auch Proteste erwünscht, auch wenn sie nicht gerade dazu führen sollten, dass Gesprächsteilnehmer den Raum verlassen.

– K. Walther –

Reden, Reden, Reden – Die Vergangenheit wirft ihre Schatten

Eine sogenannte Flüchtlingskonferenz jagt die andere – bei uns im Lande, in der EU und anderswo. Unsere beliebte Soldatenministerin mit ihrer angeschlagenen Bundeswehr wird wohl bald noch ein paar Kriegsschiffe mehr in das Mittelmeer entsenden, sogar mit einschlägigem Sanitätspersonal ausgerüstet. Der Flüchtlingsstrom aus Afrika in die Festung Europa wird - wenn man offiziellen Zahlen glauben darf – bald größer sein als das Flüchtlingselend zum Ende des zweiten Weltkrieges, das viele von uns am eigenen Leibe miterlebt haben. Gerade im Mai wurde auch in unserer Stadt verschiedentlich an den 70. Jahrestag dieses Geschehens erinnert.

Die Medien kolportieren täglich viele schöne Worte von Politikern zum Thema Flucht und Solidarität. Aber was tut sich da wirklich? Schiffe zum Auffischen von Überlebenden und Toten, Quotenregelungen gegen widerspenstige Länder, mehr Mitarbeiter für die Asylantragsbearbeitung - und was noch? Bei den Antipiratenaktionen, wo es um die Profite der Wirtschaft geht, stellt man per Satellit bereits an den Stränden fest, wo sich Piraten auf den Kriegspfad begeben. Bei Tausenden Flüchtlingen an den Küsten Libyens oder Tunesiens, die sich den todgeweihten Schleuserbooten anvertrauen, geht das nicht? Es ist grausam, Menschen, die dem Tod durch Verhungern, durch marodierende Banden, durch Waffen aus deutscher Produktion, durch die im Norden angetriebene Umweltzerstörung gerade entkommen sind, im Meer ersaufen zu lassen.

Wer fragt die NATO einschließlich der USA eigentlich, was sie gegen die U r s a c h e n der Flüchtlingsströme tun wollen, da doch zu aller erst ihre Mord- und Totschlagsbomberei in Nah- und Mittelost zu den blutigen Bürgerkriegen geführt hat? Schottet sich Europa ab, um den eigenen über Jahrhunderte hinweg global zusammengeklauten Wohlstand abzusichern? Kolonialpolitik mit anderen Mitteln, oder gar mit den gleichen wie einst – so muss man das nennen.

Wenn in rund hundert Jahren Kolonialherrschaft - etwa im 18. Jahrhundert - rund 10 Millionen Afrikaner als Sklaven nach Übersee verkauft wurden oder 1904 bis 1907 kaiserliche deutsche Soldaten Zehntausende Hereros in die Namib-Wüste getrieben haben, um sie dort verhungern und verdursten zu lassen – dort schon begann das Übel, das heute seine Folgen zeitigt. Doch da reicht es nicht, nur mit politischen Floskeln und auch nicht mit päpstlichen Gebeten Abhilfe schaffen zu wollen. Statt Armeen mit todbringenden Waffen werden Armeen von klugen Diplomaten und Politikern wie auch eine Menge Vertreter der Wirtschaft mit ihren Potenzen - besonders der alten Kolonialländer - gebraucht. Da ist allerhand gutzumachen, wenn das überhaupt möglich ist.

Wenn heute ein Wort mehr denn je gilt, dann ist das die Forderung Goethes: „Der Worte sind genug gewechselt, lasst uns auch endlich Taten sehen!“

– OLD LONG –

Eine Linke aus Suhl ist jetzt Mitglied des Bundestages: Birgit Menz

Die Abgeordneten der Bremer Bürgerschaft mit Gregor Gysi. Ganz links die Bundestagsabgeordnete Birgit Menz

SAZ: Mit Freude haben wir erfahren, dass Du in diesem Jahr in den Bundestag aufgenommen wurdest, von Bremen aus. Was hat Dich damals aus Suhl verschlagen?

Birgit: Schuld war das linke „Medienspektakel“, bei dessen Vorbereitung ich den Bremer Genossen Klaus-Rainer Rupp kennen lernte, mich in ihn verliebte und kurze Zeit später beschloss zu ihm nach Bremen zu ziehen.

SAZ: Wie hast Du eigentlich erfahren, dass Du mitten in der Legislaturperiode Abgeordnete des Bundestages wurdest?

Birgit: Bei der Listenaufstellung 2013 wurde ich auf Platz 3 (Quotierung) gewählt. Aber keine/r von uns hat je damit gerechnet, dass Agnes, unsere Spitzenkandidatin, ausfallen würde. Nun trat dieser traurige Zustand ein und wir haben alle gehofft, dass sie es zurück schafft. Leider ist das nicht möglich. Nun trat das übliche Prozedere ein. Der Landeswahlleiter geht die Liste durch und fragt den nächsten, ob er antritt. Da mein Genosse aus Bremerhaven dies aus familiären Gründen nicht konnte, habe ich diese Anfrage bekommen und am 13.3.2015 positiv beantwortet. Aber ich dachte da kommt noch etwas vom Bundeswahlleiter, vergebens. Nur weil die Fraktion mich näher kennenlernen wollte, fuhr ich nach Berlin und erfuhr dort, dass ich schon eine Woche Abgeordnete bin...

SAZ: Du hast sicher schon Sitzungen im Bundestag erlebt, wie wurdest Du in die Fraktion aufgenommen? Gibt es einen ersten Eindruck vom Bundestag, den Du in Deinem Leben nicht vergessen wirst?

Birgit: Wie gesagt, war ich kaum in Berlin angekommen, da durfte ich ins Plenum (sprich Bundestagssitzung) und habe auch gleich an mehreren namentlichen Abstimmungen teilgenommen. Ich glaube der Eindruck den ich nicht vergessen werde kommt erst noch, wenn ich meine erste Rede halten werde.

SAZ: In welchen Ausschüssen wirst Du mitarbeiten?

Birgit: Da ist einiges. Ich bin Mitglied Im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur. Außerdem bin ich ordentliches Mitglied und Obfrau im “Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung“ und dann bin ich auch noch Schriftführerin für unsere Fraktion.

Soviel fürs erste. Ihr habt mir ja verraten, wann Euer nächstes Sommerfest stattfindet und so wie es im Moment aussieht, werde ich wieder dabei sein.

Ganz liebe Grüße aus Berlin (und Bremen)

Meldung aus Absurdistan

Es mag hier an dieser Stelle für manchen Leser ein absonderliches Thema sein: Die Frauen von Algier. Ich habe die Menschen in dieser Stadt und in diesem Land über Jahre ein wenig kennen gelernt – auch die Frauen in vielen Lebensbereichen: Früh um sechs beim Bäcker an der Ecke unverschleiert, verhüllt auf den Straßen und in Betrieben bei der Arbeit, moderne junge Frauen, hübsch gekleidet wie bei uns in Büros der Redaktionen von Zeitungen oder des Fernsehens. Ich erlebte täglich unsere „Fatma“, die sich um unseren Haushalt und bisweilen auch um unsere Kinder kümmerte während wir arbeiteten, eine Frau mit einer großen armen Familie im Hintergrund, die weder schreiben noch lesen konnte wie Hunderttausende Frauen im Land, besonders oben im Atlasgebirge bei 40 Grad auf den armseligen Feldern.

Doch „Die Frauen von Algier“ erregten kürzlich Aufsehen, da ein Picasso-Gemälde dieses Titels für runde 150 Millionen Dollar versteigert wurde. Ersteigert sicher von einem wohl irren Milliardär, einem sogenannten Kunstliebhaber, der so sein Geld „anlegte“ und auf diese Art seine möglicherweise persönlichen, auch perversen Gelüste befriedigte. Der anonyme Käufer deutet darauf hin. Und das geschieht angesichts schreiender Armut nicht nur auch noch im heutigen Algerien, sondern unter vielen Millionen Frauen in der Welt, denen im Handumdrehen verschleuderte Millionen echt helfen könnten.

So werfen „Die Frauen von Algier“ ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis arm-reich in dieser von Ungleichheit und Ungerechtigkeit beherrschten kapitalistischen Welt, die unfähig ist, solche Zustände zu ändern und - noch schlimmer – sie auch offenbar nicht ändern will.

– OLD LONG –

„Mehr Mensch“

Eine Streitschrift gegen die Ökonomisierung des Sozialen

Ina Leukefeld gelang es, einen in der Bundesrepublik sehr gefragten und auch aus dem Fernsehen bekannten Mann nach Suhl zu bekommen. Er ist Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Deutschlands, Buchautor von „Mehr Mensch“ und heißt Dr. Ulrich Schneider. Die Veranstaltung fand in der Suhler Volkshochschule zu einem ungünstigen Zeitpunkt statt, weshalb sich die Zahl der Besucher in Grenzen hielt. Schade.

Seine mit zahlreichen Kommentaren ergänzte Buchlesung machte vor allem sichtbar, welche tiefgreifenden Veränderungen sich seit dem „Mauerfall“ auch in der „alten“ Bundesrepublik in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens vollzogen haben. Von der Kultur über das Gesundheitswesen, die Kranken- und Altenpflege, die öffentliche Daseinsfürsorge bis hin zur Bildung und Fortbildung wurde alles nach dem Kriterium wirtschaftlicher Effizienz umgestaltet. Alles, was es in der Bundesrepublik bis ans Ende des Kalten Krieges an sozialen Zuwendungen gab wurde seither einer Profitorientierung unterworfen. Das gesamte soziale Leben wurde ökonomisiert.

Unter dem irreführenden Slogan „weniger Staat – Eigeninitiative“ wurden nicht nur große staatliche Dienstleistungsunternehmen wie die gesamte Telekommunikation, die Deutsche Bahn und die Bundesdruckerei privatisiert, sondern auch die Altenpflege und die Ausländerbetreuung wurden dem kapitalistischen Markt unterworfen. Hans Werner Sinn, Norbert Walter, Chefökonom der Deutschen Bank und Carsten Maschmeyer wurden zu Dauergästen der Talk-Shows und bestimmten die öffentliche Meinung. Manfred Krug wurde zum Volkserzieher für Privatisierung. Mit der Einführung der Pflegeversicherung wurde ein Pflegesystem nach Minutentakt kreiert. Das Selbstkostendeckungsprinzip wurde abgeschafft. Dafür wurden sogenannte Pflegesätze eingeführt, die sich nach dem Bedarf des Vorjahres orientierten. Ein beispielloser Preiskampf setzte ein. „Ulrich Schneider beschreibt den Vormarsch der Vorteilsuche und den Rückzug der Solidarität. „Das Geld unterwandert alle Sozialbeziehungen und verwandelt sie in soziale Geschäfte“, urteilt Norbert Blüm.

Selbst die Sprache hat sich radikal verändert und wurde „neoliberalisiert“: Die Menschen haben keine Berufe mehr, sondern Jobs, Geld wird nicht mehr verdient, sondern gemacht, wer für das Wohl der Menschen streitet wurde zum Sozialromantiker oder als „Gutmensch“ belächelt. Alle Menschen wurden zu Kunden, d.h. zu Leuten, die etwas kauften. Selbst Arbeitslose wurden Kunden der Arbeitsagentur. Ulrich Schneider, der selbst aus einfachen Verhältnissen stammt, beschreibt den Wandel in der Bundesrepublik als aufmerksamer Zeitzeuge und meint, dass er eigentlich ein spezifisch westdeutsches Buch geschrieben habe. Er hat sicher Recht, wenn er damit das unterschiedliche Ausgangsniveau in Ost und West meint, die Wirkungen sind in beiden Teilen Deutschlands gleich. Auch in der DDR existierte eine Sozialpolitik. Preise für Grundnahrungsmittel und Mieten blieben über viele Jahre gleich und waren für alle erschwinglich. Hinter der Beschränkung der DDR auf Unrecht wird heute kein Wort mehr über soziale Zuwendungen des Staates DDR gesprochen. Vergessen wurde, dass die Menschen weder im Krankenhaus noch in der Apotheke einen Geldbeutel brauchten und dass Kindergärten, Schulen und Universitäten kostenfrei besucht werden konnten. Vielmehr kann der DDR Unfähigkeit zur Entwicklung der ökonomischen Leistungskraft vorgeworfen werden. Ich denke deshalb, dass der umfassende Sozialabbau seit 25 Jahren auch im Osten unseres Landes ein Schock für die Bevölkerung war. Wir können den Autor des Buches „Mehr Mensch“ deshalb nur dazu ermutigen, „seine typisch westdeutsche Streitschrift“ für den Sozialstaat auch im Osten unseres Landes noch oft vorzustellen.

– K. Walther –

Wir gedenken der Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg in der Suhler Region

Juni 2015

Fritz Anschütz	**Suhl**	**130. Geburtstag**
Hermann Beiersdörfer	**Suhl**	**130. Geburtstag**
Richard Kaiser	**Suhl**	**30. Todestag**
Albert König	**Suhl**	**130. Geburtstag**

– TVVN / BdA - DS –

Donnerstag, 25. Juni 2015 19.00 Uhr Kulturbaustelle, Fr.-König-Str. 35, gegenüber vom Neuen Rathaus in Suhl

„Eigenwillige Kunden“ und die Grenzen der Aktivierbarkeit

Referentin und Gesprächspartnerin:
Tine Hauber, Friedrich-Schiller-Universität Jena

suhler gesprächs forum alternativ
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Die Hartz-Reformen der Schröder-Regierung gelten als eine wesentliche Ursache einer arbeitsmarktpolitischen Genesung, die in der Eurokrise international Nachahmer findet. Es heißt, die Reformen hätten vor allem mittels zweierlei Neuerungen für dieses Wunder gesorgt: Sie hätten die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt erhöht und die Arbeitslosen aktiviert (IAB).
Wie das konkret von beiden Seiten des Jobcenter-Schreibtisches aussieht und warum die Reformen, gemessen am Zielkonzept der „Aktivierung“ als gescheitert, in puncto Prekarisierung aber als erfolgreich betrachtet werden müssen, wird Gegenstand des Vortrages sein. Grundlage dafür sind qualitativ-empirische Befunde eines soziologischen Forschungsprojektes der Jahre 2006-2011.

Alle Interessentinnen und Interessenten sind herzlich Willkommen!

Erfahrungsaustausch Suhl – Kaluga zur Inklusion

In den ersten Maitagen weilte eine Delegation unter Leitung von Andreij V. Volochov, Direktor des Bildungs- und Rehabilitationszentrum Kaluga, zu einem Erfahrungsaustausch in Suhl. Der Delegation gehörten weiter Frau Irina O. Kolotilko, Frau Elena I. Sibireva und Frau Maria E. Buslaeva von der Staatlichen Ziolkowski-Universität Kaluga an. Im Besuchsprogramm war u.a. die Teilnahme an der 1.Inklusionskonferenz der Stadt Suhl vereinbart worden.

Die Gäste besuchten außerdem die Senioren- und Pflegeeinrichtung "Haus LebensWert" in Meiningen. Sehr interessiert zeigten sich die Gäste an den Wohnformen im Haus. Wohnen im "Haus LebensWert" zeichnet sich durch seine gemeinschaftliche, familiäre Atmosphäre aus, lässt aber auch der Individualität genügend Freiraum. Gleichzeitig wird die Möglichkeit geboten, den Tag nach eigenen Vorstellungen gemeinsam mit Alltagsbegleitern zu gestalten. Das Haus bietet aber darüber hinaus noch Dienstleistungen in den Bereichen Hauswirtschaft / Reinigung, Catering, Garten- und Landschaftspflege, komplexer Gebäudeservice, Umzugsservice/ Möbelbörse, Aktenvernichtung, elektronische Aktenarchivierung und Digitalisierung von Dias an.

Beeindruckt waren die Gäste auch vom Besuch der Firma Wasunger Waschbären GmbH, einem Integrationsunternehmen der Zentralwäscherei Wasungen GmbH und der LebenshilfeWerk Meiningen gGmbH. Der Betrieb erfüllt eine wichtige gesellschafts- und sozialpolitische Aufgabe, indem hier Menschen mit Handicap mit marktgerechten Leistungen beschäftigt werden.

In der Woche haben Suhler und Kalugaer wieder viele Gemeinsamkeiten entdeckt. Dies wurde auch bei der Teilnahme der Kalugaer Delegation an der öffentlichen Gedenkveranstaltung zum 8.Mai "Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus" mit einem Grußwort von A.V. Volokhov sichtbar.

Bei der festlichen Veranstaltung zum 40- jährigen Jubiläum der Namensgebung "K.E.Ziolkowsky" für die Suhler Sternwarte übergab Herr A.V. Volokhov einen Brief und eine Urkunde von der Schwestersternwarte aus Kaluga.

– Günter R. Guttsche –

Der wo Deutsch kann...

Da gibt es seit kurzem ein ganz interessantes Buch mit dem leicht rätselhaften Titel „Bin ich denn der Einzigste hier, wo Deutsch kann?“ Wenn Sie nicht bei dieser Frage stolpern oder sie sogar für richtig halten, dann scheint das Werkchen von Andreas Hock seinen Sinn zu haben: Es ist gegen den Niedergang der deutschen Sprache geschrieben.

Es fällt auf, dass gerade jene unserer Mitmenschen, die sich mehr als die Allgemeinheit der Sprache für die Information, für Geschäft und Werbung und nicht zuletzt für politische Reden bedienen, oft nur ein dürftiges Wissen über ihr tägliches Werkzeug besitzen.

Da ist es freilich fast noch harmlos, wenn man in seiner Tageszeitung den Namen von Torgau vom Redakteur in „Thorgau“ geändert findet. Oder, wenn, laut Zeitung jedenfalls, Oberhofer Schüler eine „Berghornallee“ pflanzten. Schreiben die Schüler das nächstens im Aufsatz genau so, gibt es schlechte Noten vom Deutschlehrer. Oder wenn man bei MDR hört, dass eine Frau „gewunken“ hat, dann müsste bei Beinverletzten auch die Rede davon sein, dass sie gehunken haben. Und geht es im Zusammenhang mit Krankheiten wirklich um „Blutblättchen“, wie das ein Prospekt behauptet? Zumindest - sagen wir mal – merkwürdig klang da in meiner Tageszeitung: „Getöteter Israeli suchte Botschaft auf.“

Aber lassen wir das. Viele Menschen haben etwas gegen die maßlose Verhunzung unserer schönen deutschen Sprache mit Ausdrücken, Neuschöpfungen oder Fremdwörtern, die oft nicht einmal in den scheinbaren Herkunftsländern in Gebrauch sind. Unsere Sprache ist eben genau wie Musik, Malerei oder Theater ein Stück unserer ureigenen Kultur. Natürlich nichts gegen notwendige international gängige Fremdwörter - „Computer“ muss man heute nicht unbedingt übersetzen. Doch was soll der offensichtliche Unfug in der Werbung einer Autofirma „Mid Season-Sale Made by Sweden Day“? Oder: Warum heißt der Mittagsschlaf auf einmal „Power Napping“, warum „chillen“ heute Jugendliche? Und kennen Sie die „ Kybernetisch-missionarische Kompetenz“, die „Apostolizität“ und den Begriff „Outlet store“?

Nicht minder übel als die Angeberei mit Fremdworten ist die in der Politik gewollte Täuschung der Menschen mit Lug und Trug in der deutschen Sprache selbst. Da werden Arbeiter „freigestellt“, nicht etwa rausgeschmissen aus dem Betrieb, oder Menschen werden „freigesetzt“, das heißt in die Freiheit der Arbeitslosigkeit getrieben. Der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ klingt besser als die anfängliche Bezeichnung „Brandmauer gegen einen Flächenbrand in Europa“. Die „Vorratsdatenspeicherung“ soll Sicherheit und Geborgenheit suggerieren, wie das Vorräte z.B. im Haushalt so an sich haben. Tatsächlich geht es um ganz dreckiges Ausspionieren von unzähligen Bürgern.

Viele unserer Leser gehören gewiss auch zu der großen Zahl von Bürgern, die „nicht die Einzigsten sind, die wo dieses Mißdeutsch nicht wollen“.

– OLD LONG –

Oberhof weiterhin im Spannungsfeld der Politik

Es scheint ruhig geworden zu sein um Oberhof. Doch wenn man die kleine Rennsteigstadt besucht, gleicht die Ortsmitte einer großen Baustelle. Ein Grund für Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld, beim Bürgermeister Thomas Schulz nachzufragen, wie der gegenwärtige Stand der Umsetzung des Handlungskonzeptes, einst von der schwarz-roten Regierung beschlossen, ist.

Glücklich ist dieser mit der gegenwärtigen Situation nicht. Es gibt Probleme an verschiedenen Stellen des Baugeschehens. Die Arbeiten am Kurpark beispielsweise hinken dem Zeitplan ebenso hinterher wie der neue Busplatz. Der Bürgermeister wünscht sich daher eine intensive Kommunikation mit der neuen Regierung, die jetzt das vollenden muss, was einst ihre Vorgängerin mit dem aufgestellten Konzept für Oberhof begonnen hat. Derzeit gibt es auch noch keinen neuen Oberhof-Beauftragten und das, so Ina Leukefeld, wird sie mitnehmen nach Erfurt. Der Freistaat hat bekanntlich bereits Millionen Euro in verschiedene Projekte und Sportanlagen gesteckt. Jetzt gilt es, das Handlungskonzept vollständig umzusetzen und die Umgestaltung von Oberhofs Mitte zu einem guten Abschluss zu bringen.

In Sachen des neu gegründeten Zweckverbandes traf sich Ina Leukefeld mit dem neuen Leiter des Wintersportzentrums, Andre Lange. Dieser hat sich in seine verantwortungsvolle Funktion gut eingearbeitet, sagt selbst, er sei Pragmatiker und Optimist sowieso und sorgt unaufgeregt für die entsprechende Betreibung der Sportanlagen. Lange kritisierte aber, dass die Sportstätten bisher noch nicht an den Zweckverband übertragen worden sind. Auch dieses Problem wird die Abgeordnete mitnehmen und sich kümmern.

Auch Hinweise des Sportgymnasiums greift sie auf und sichert Unterstützung zu wie bei der Sanierung der Turnhalle, insbesondere der darin enthaltenen Funktionsräume. Dies stellt laut langjähriger Planung nach der Fertigstellung des Internates den geplanten 3. Bauabschnitt dar, den es nun in Angriff zu nehmen gilt. In Sachen des benötigten Einsatzes von Spezialsportlehrern läuft bereits eine kleine Anfrage von Frau Leukefeld im Thüringer Landtag.

Fazit des Tages: Es hat sich bislang viel bewegt, um die Attraktivität der Stadt Oberhof als Wintersport- und Tourismuszentrum im Herzen des Thüringer Waldes zu erhöhen, die Politik ist jedoch weiterhin gefordert, um Begonnenes zu einem guten Ende zu bringen.

– Ilona Burandt –

Termine Mai 2015

Fr	29.06.	15.00 Uhr	15 Jahre Suhler Tafel, Die Insel
Sa	30.06.		Kinderfest im Flüchtlingsheim Friedberg
Mo	01.06.		Internationaler Kindertag
Mi	03.06.	17.00 Uhr	Sozialausschuss des Stadtrates, Johannes-Park
Fr	05.06.	14.00 Uhr	Verleihung des Titels „Fair Trade Town“ an Suhl, Oberrathaussaal
Sa	06./07. 06.		Bundesparteitag DIE LINKE in Bielefeld
Sa	06.06.		Kinderkulturnacht
Sa	06.06.	10.00 Uhr	25 Jahre Stadtjugendring
Mo	08.06.	09.30 Uhr	Regionalberatung in Meiningen
Di	09.06.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE
Mi	10.06.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde
Sa	13.06.	10 – 17.00	Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag
Mo	15.06.	14.00 Uhr	Bürgersprechstunde Ina Leukefeld, Wahlkreisbüro, Rüssenstr.
Di	16.09.	15.00 Uhr	„Lob der Generationen“, Jugendklub „Auszeit, Fucikstr.
Mi	17.06.	14.30 Uhr	Treffpunkt „Senioren helfen Senioren“ Aspen im CCS
Di	23.06.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE
Mi	24.06.	15.00 Uhr	Seniorencafe und AG Senioren
Do	25.06.	19.00 Uhr	Gesprächsforum ALTERNATIV: „Eigenwillige Kunden und die Grenzen der Aktivierbarkeit“, am Schreibtisch des Job Centers, Kulturbaustelle
Fr.	26.06.	09.30 Uhr	Erwerblosenfrühstück, Geschäftsstelle

Weniger prekäre Beschäftigung

„Ganz offensichtlich zeigt die Einführung des Mindestlohns seit 1.1.2015 erste Erfolge hinsichtlich der Zurückdrängung von prekären Beschäftigungsverhältnissen. Das ist eine gute Botschaft“, so Ina Leukefeld mit Blick auf die Meldung, dass seit Einführung des Mindestlohns zu Jahresbeginn in Deutschland 237.000 gewerbliche Minijobs verschwunden seien. In Thüringen seien die gewerblichen Minijobs im Vergleich zum Vorquartal um 6,6 Prozent zurückgegangen. Besonders Frauen seien davon betroffen. Für Thüringen sei prognostiziert, dass von der Einführung des Mindestlohns 135.000 Beschäftigte, darunter 75.000 Frauen profitieren. „Wenn dafür mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen, die entsprechend bezahlt werden, dann ist dies eine sehr positive Entwicklung“, so Ina Leukefeld abschließend.

Geburtstagskinder willkommen!

Alle Genossinnen, Genossen und Sympathisanten, die im Mai Geburtstag hatten, laden wir herzlich zur Geburtstagsrunde **am 10.06.2015, 14.00 Uhr** in die Rüssenstr. 19 ein.

Auf anregende Gespräche freuen sich **Brigitte und Hella**

Spruch des Monats: *„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf den Gehirnen der Lebenden“* (Karl Marx)